

I2 Innenpolitische Wende

Gremium: Jusos Jena
Beschlussdatum: 16.05.2023

Antragstext

1 Thüringen hat ein Polizei- und Justizproblem. Die Thüringer Polizei hat, das
2 illustriert der Prozess gegen Thorsten Czupon (AfD) und die Vorgänge in Gera am
3 Tag der Arbeit eindrücklich, ein massives Problem mit rechtsextremen
4 Polizist:innen. Wir müssen jetzt handeln, um diese Personen zeitnah aus dem
5 Polizeidienst zu entfernen. Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen auf,
6 sich noch in dieser Legislaturperiode für eine **Änderung des Thüringer**
7 **Beamten-gesetz** einzusetzen, um Polizist:innen die durch rechtsextreme Äußerungen
8 oder Handlungen auffallen, Mitglied von „Chatgruppen“ oder der faschistischen
9 AfD sind rechtssicher und zeitnah aus dem Polizeidienst zu entfernen. Zusätzlich
10 schafft der Landtag die Möglichkeit, um **Kronzeugenprogramme** für Polizeibehörden
11 zu schaffen. So können Beamt:innen die etwa Mitglied einer rechtsextremen
12 Chatgruppe sind, solche Vorfälle künftig melden und im Gegenzug mit reduzierten
13 disziplinar- und strafrechtlichen Sanktionen rechnen.

14 Zusätzlich müssen wir feststellen, dass in der Thüringer Polizei ein
15 problematisches Korpsdenken vorherrscht. Polizist:innen weigern sich selbst bei
16 Gewaltdelikten effektiv gegen andere Polizist:innen zu ermitteln. Zugleich
17 können vor Gericht ganz regelmäßig Falschaussagen von Polizist:innen beobachtet
18 werden, um andere Beamte vor Strafverfolgung zu schützen. Gleichzeitig ermitteln
19 bei einer Strafanzeige gegen Polizist:innen immer noch die Polizist:innen selbst
20 oder Kolleg:innen, teils aus derselben Dienststelle gegen die Beschuldigten. Das
21 hat erhebliche Folgen: Personen, die Opfer von Polizeigewalt sind, trauen sich
22 aus Angst vor staatliche Repressionen oft nicht Anzeige zu erstatten.[\[1\]](#) Um hier
23 ein rechtsstaatliches Verfahren sicherzustellen, das die Rechte der Bürger:innen
24 schützt, brauchen wir eine unabhängige Behörde die gegen Polizist:innen
25 ermittelt. Das Modell des „Thüringer Polizeibeauftragten“ ist gescheitert. Es
26 genügt nicht, eine Ansprechperson zu schaffen, die die Ermittlung dann doch
27 wieder an die Polizei abgibt, wo die Ermittlungen wieder versanden. Deswegen
28 wiederholen wir unsere Forderung nach einer unabhängigen, nicht dem
29 Innenministerium unterstellten Stelle, die gegen Beschuldigte Polizist:innen
30 ermittelt. **Kommt es zu einer Verurteilung müssen Beamt:innen grundsätzlich in**
31 **den Innendienst versetzt werden und sofern die Voraussetzungen vorliegen, auch**
32 **aus dem Dienst entfernt werden.** Wer einmal rechtswidrige Gewalt gegenüber
33 Bürger:innen ausübt, soll nicht in erneut in die Lage versetzt werden, so zu

34 handeln. **Zusätzlich schafft der Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen für ein**
35 **Whistleblowerprogramm.** Hier erhalten Polizist:innen, die rechtswidriges
36 Verhalten auf Seiten ihrer Kolleg:innen feststellen, die Möglichkeit, dieses
37 anonym zu melden, ohne sich dem sozialen Druck und gewalttätigen Repressalien
38 von Kolleg:innen auszusetzen. Die entsprechende Meldung wird dabei bestenfalls
39 gar nicht und wenn überhaupt nur anonymisiert in polizeiliche Datenbanken wie
40 INPOL etc. eingetragen.

41 [\[1\]https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-singelnstein-kviapol)
42 [singelnstein-kviapol](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-singelnstein-kviapol)

Begründung

Erfolgt mündlich.